

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen,
die dem Kreistag gem. § 53 Abs.1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 2 GO zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

Ergebnisplan

Lfd. Nr.	Budget	Ansatz inkl. Übertragungen	gebucht	üpl./apl.	Erläuterung
1	Amt 50 – Sozialamt	-31.535.050 €	-38.185.832 €	6.650.782 €	Das Amtsbudget des Sozialamtes ist um 6.650.782 € überschritten (+21%): Auf der Ertragsseite stehen Mehrerträge i. H. v. 2.086.006 €. Demgegenüber stehen auf der Aufwandseite Mehrausgaben i. H. v. 8.736.788 €. Die Mehrerträge ergeben sich insbesondere aus Mehrerträgen in den Positionen Kostenerstattung und Kostenumlagen (rund 1.587 T €) sowie sonstige Transfererträge (rund 274 T €). Die Mehrausgaben ergeben sich durch deutlich angestiegene Investitionskosten bei den Pflegeeinrichtungen (rund 1.393.000 €). Die Investitionskosten werden durch den LWL verhandelt. Beim LWL bestehen Rückstände bei den Verhandlungen, was zu hohen Nachzahlungen und Unsicherheiten bei einer Prognose führt. Außerdem sind die durchschnittlichen monatlichen Kosten für einen Pflegeplatz in den letzten Jahren erheblich angestiegen, was zu einer Budgetüberschreitung von rund 5.060.112 € geführt hat. Der Anstieg der Eigenbeteiligung zog weiterhin eine erhöhte Nachfrage nach Pflegewohngeld und Sozialhilfe nach sich, was die höheren Aufwendungen begründet. Neben der Fallzahlsteigerung in der stationären Hilfe zur Pflege ist insbesondere eine vermehrte Inanspruchnahme der Pflegewohngemeinschaften festzustellen. Hierbei handelt es sich um eine ambulante Hilfe. Die damit verbundenen vergleichsweise hohen Betreuungskosten können häufig nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen gedeckt werden. Dadurch steigen die Ausgaben für die ambulante Hilfe zur Pflege, was Mehraufwendungen zur Folge hatte. Hinzu kommen gestiegene Personal- und Energiekosten. Hier ist der Pflege-Mindestlohn zu nennen, der für Pflegefachkräfte von 19,50 € am 01.07.2025 auf 20,50 € gestiegen ist. Die Fallzahlen in der Grundsicherung im Alter/ Erwerbsminderung sind deutlich angestiegen, was zu höheren Aufwendungen im Jahr 2025 führte. Diese Mehrkosten werden vollständig durch die Bundeserstattung gedeckt. Auch die Fallzahlen im Bereich Autismustherapie sind deutlich höher ausgefallen als geplant, insbesondere aufgrund des Zuständigkeitswechsels einiger Fälle vom LWL zum Kreis bei Schuleintritt, woraus Mehraufwendungen folgten (rund 68 T €).
2	Abschreibungen, Wertberichtigungen von Forderungen, Auflösung von Sonderposten	-6.245.850 €	-6.770.460 €	524.610 €	Das Budget ist um 524.610 € überschritten. Ursächlich dafür sind u.a. die erhöhten Abschreibungen auf Sachanlagen (rund 1.233 T €) und erhöhten Wertberichtigungen zu Forderungen (198 T €); demgegenüber stehen erhöhte Mehrerträge bei der Auflösung von Sonderposten (rund 564 T €) und Minderaufwendungen bei der Einstellung in Pauschalwertberichtigung (rund 337 T €).

Lfd. Nr.	Budget	Ansatz inkl. Übertragungen	gebucht	üpl./apl.	Erläuterung
3	Personalbudget	-82.032.507 €	-82.772.255 €	739.748 €	Das Budget ist um 739.748 € überschritten. Ursächlich dafür sind erhöhte Versorgungsaufwendungen (rund 1.300 T €). Diese setzen sich u.a. aus der erhöhten Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger/innen (rund 1.186 T €) sowie den erhöhten Beiträgen zu den Versorgungskassen für Beamte (rund 182 T €) zusammen. Demgegenüber stehen verringerte Personalaufwendungen (rund 514 T €). Ursächlich für die Verringerung ist u.a. die geringere Zuführung zu Beihilferückstellungen (rund 1.250 T €), der u.a. erhöhte Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte (rund 686 T €) gegenüberstehen.